

Kommunale Möglichkeiten der Flächen- und Prozesssteuerung bei Solar-Freiflächenprojekten

1. **Christopher Lüning**, LEA Hessen, Landesprogramm Bürgerforum Energiewende Hessen
2. Praxisbericht Flächenpotenzialanalyse: **Daniel Herz**, Bürgermeister Witzenhausen
3. Praxisbericht Flächensteuerung: **Alexander Wirth**, Bürgermeister Wildeck



1. Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen

2. Praxisbericht Witzenhausen: Potenzialanalyse

3. Praxisbericht Wildeck: Flächensteuerung

Privilegierte Flächen

Gemeinwohl

Landwirtschaft

Flächensteuerung

Landschaftsbild

Akzeptanz

Vorrangflächen

Wertschöpfung

Naturschutz

§6 EEG

Agrar

Freiflächensolaranlagenverordnung

Bürgerbeteiligung

Netzanschluss

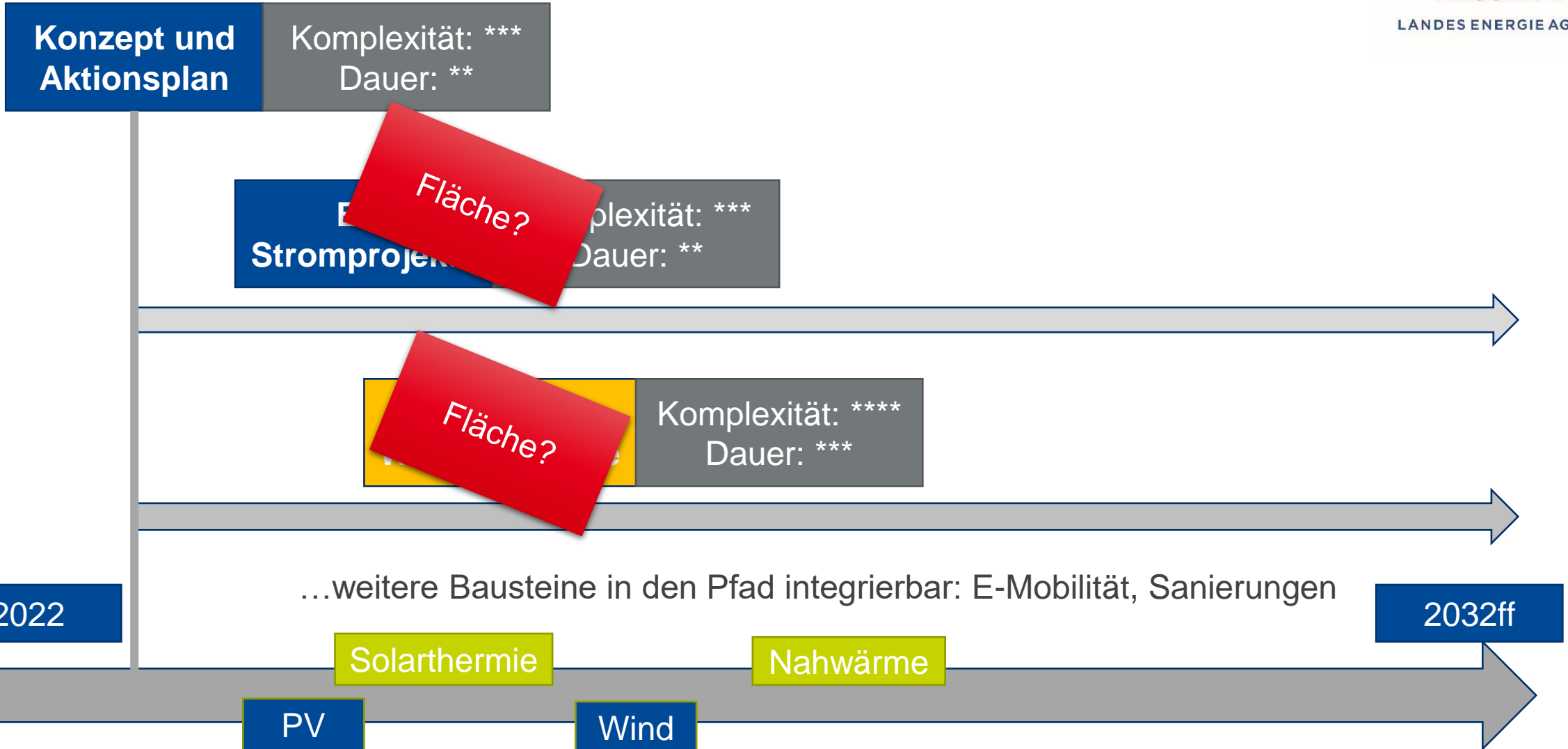
Ausgangslage

- Klimaneutralität in Hessen bis 2045: Strom- und Wärmeversorgung v.a. durch Wind und PV
- Wind: (bislang) ca. **2 % der Landesfläche** als Wind-VRG (Ziel 2,2%)
- PV: **1% der Landesfläche** zur Nutzung für Photovoltaik (Gebäude und Freiflächen)

Flächenplanung und Flächensteuerung bieten große Chancen für Kommunen, auch auf nicht-kommunalem Eigentum:

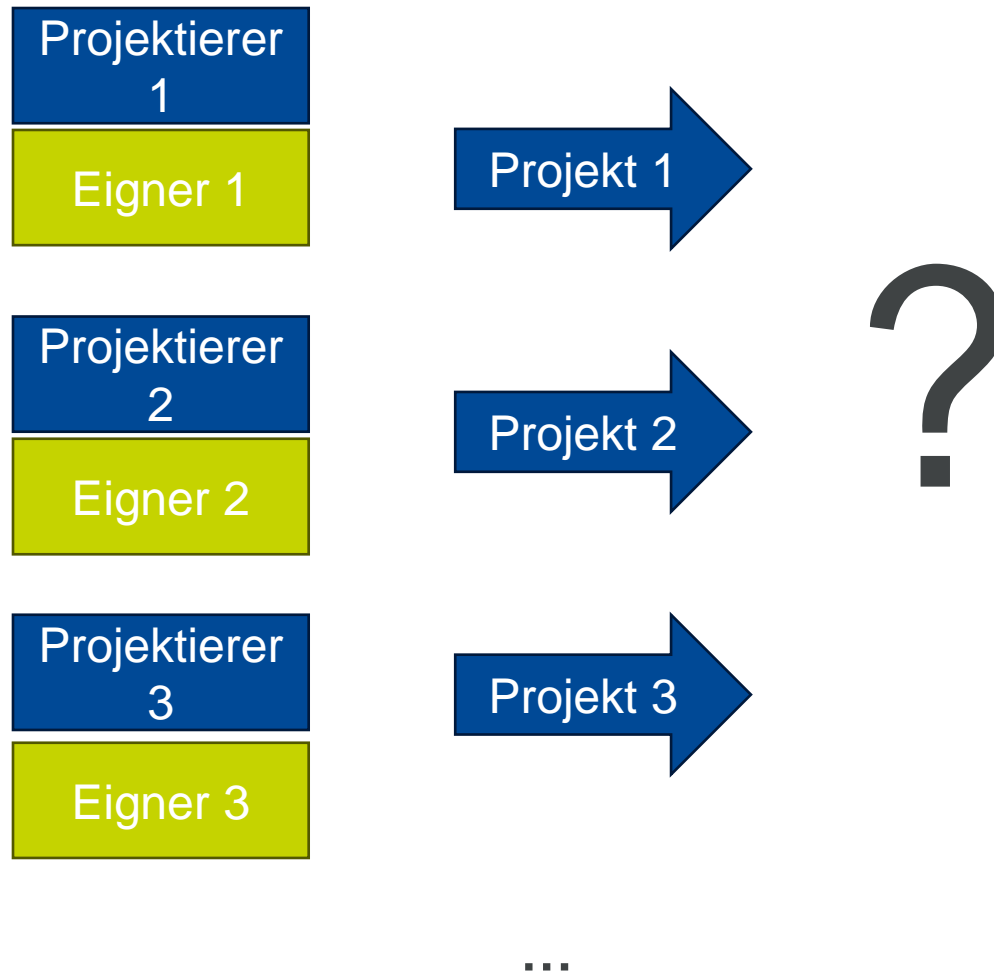
1. Akzeptanz
2. Einnahmen und Beteiligung: Nutzung für weitere Aufgaben

Umsetzungspfade für Kommunen



Kommunale Unterstützung bei FFPV

Situation der Kommunen



„Ansturm“, „Goldgräberstimmung“, „Wildwest“

Unklarheiten bei:
Akzeptanz

Wirtschaftlichen Verhandlungen und
Gestaltungsmöglichkeiten (Akzeptanzfaktor)

Netzplanung

Energiewende vor Ort

Kommunen müssen sich komplexer Situation stellen



Freiflächen-Solaranlagen:

- Planerische Situation unklar: zwei Planungsregime möglich – kommunal und privilegiert
- Wirtschaftlicher Verhandlungswille trifft auf **Kopplungsverbot**
- Vielfältige Anfragen an Kommunen / Flächensicherung durch Projektierer = Unruhe vor Ort

Energetische Potenziale hängen 1:1 an politischem Willen und Akzeptanz vor Ort

Passive Kommune:

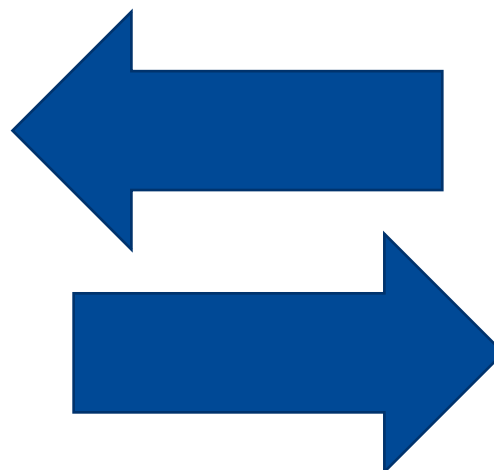
Reagiert auf Anfragen

Späte oder wenig
Kommunikation

Nutzt
Verhandlungsspielraum
nicht

Hat keinen Überblick über
Flächensituation

Geringe Wertschöpfung
und Akzeptanz
- **Wenige profitieren** -



Aktive Kommune:

Strategie zur Flächennutzung
und –sicherung

Frühzeitige **Kommunikation**
Gemeinsames Vorgehen

Lösungen für alle

Starke **Verhandlungsposition**

Nutzt **Einnahmen** gezielt für
weitere kommunale Projekte

Hohe Wertschöpfung,
Höhere Akzeptanz,
- **Viele profitieren** -

Kommunale Steuerung in 3 Schritten



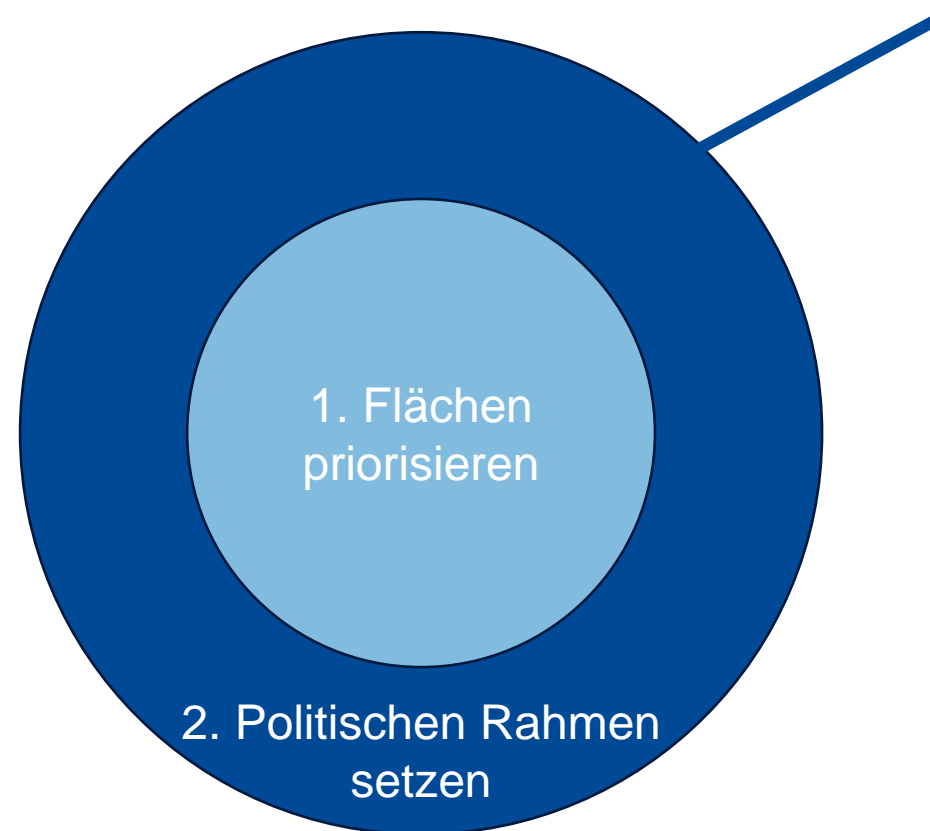
1. Flächen
priorisieren

Welche Flächen sind am besten geeignet?

- Naturschutzfachlich
- Landwirtschaftlich (EMZ)
- Netzanschluss-seitig
- Energetisch

Ziel:
möglichst konfliktarme
Flächen identifizieren und
priorisieren

Kommunale Steuerung in 3 Schritten



Kommune kennt:

- Potenziale
- Wertschöpfungsmodelle

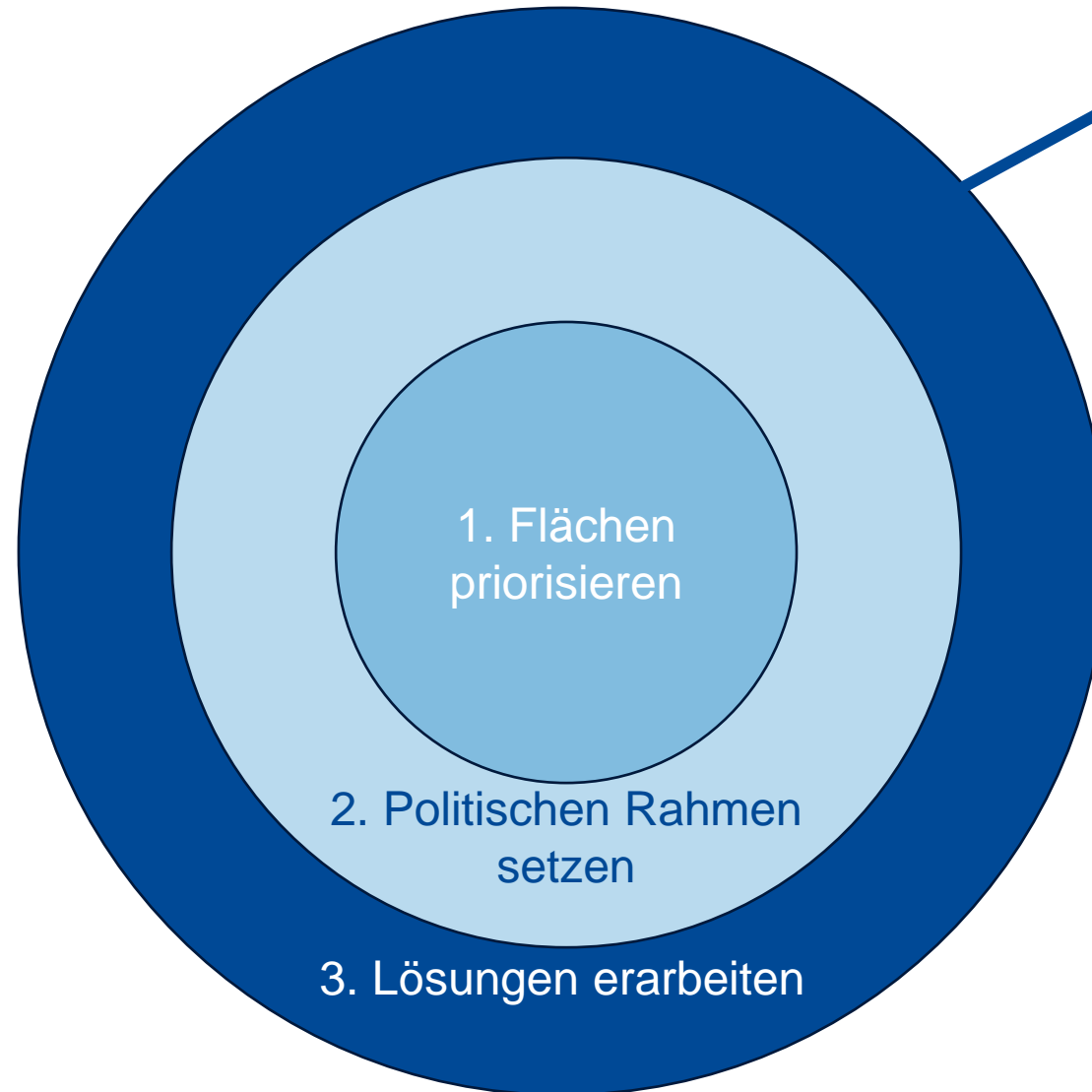
Setzt den Rahmen und Grenzen:

- Wo wollen wir wieviel ausbauen?
- Wo finden wir Lösungen?
- Wie wollen wir profitieren?

Ziel:

Einen Akzeptanzrahmen schaffen, der eine sinnvolle Kosten/Nutzen-Abwägung ermöglicht

Kommunale Steuerung in 3 Schritten



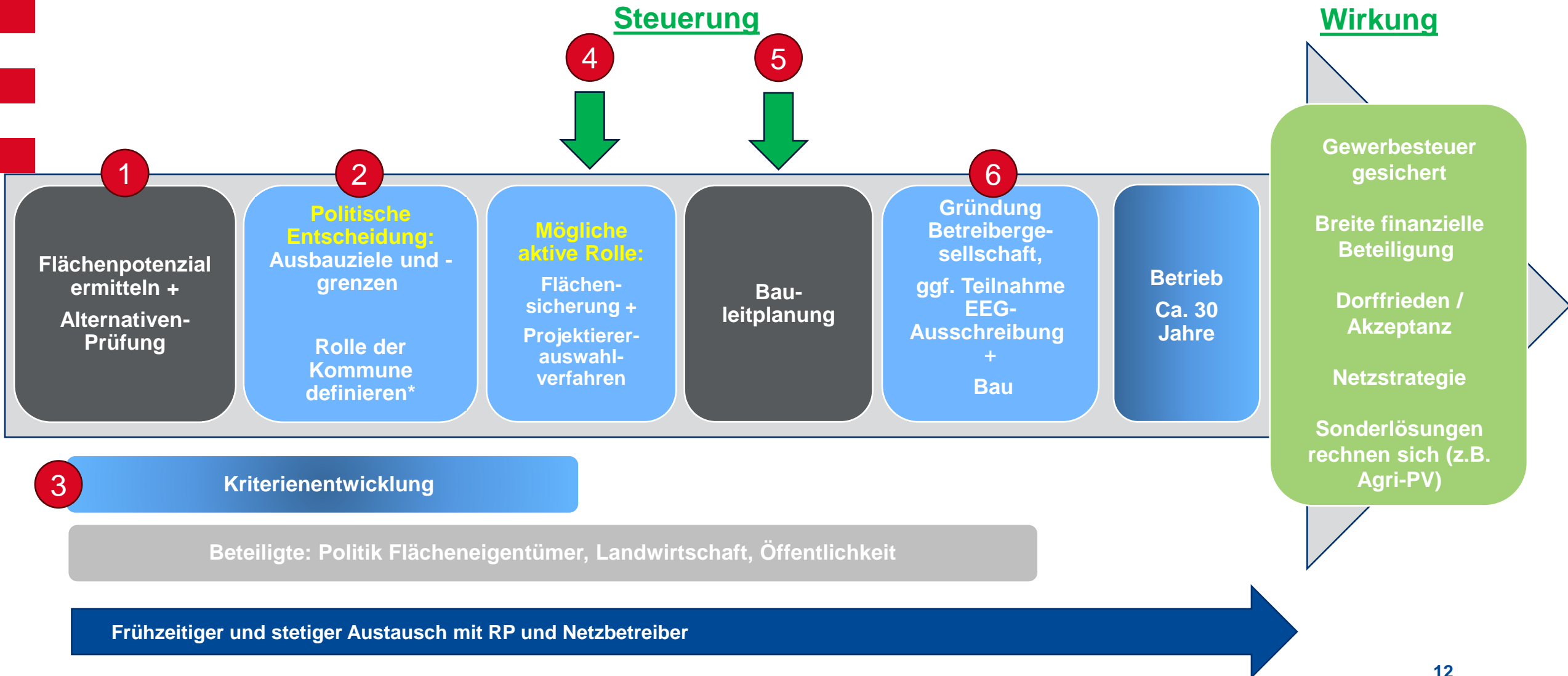
Kommune spricht mit:

- EigentümerInnen
- Landwirten
- Netzbetreiber
- Möglichen Projektierern

Ziel:

Gemeinsames Vorgehen,
realistischer Ausbaupfad
(dient der Netzentwicklung)

Flächensteuerung durch Kommunen bei Solarparks: a) fachlich-planerisch und b) politisch-wirtschaftlich



Beteiligte

- **FlächeneigentümerInnen**, z.T. schon mit unterschriebenen Pachtverträgen
- **Projektierer**: Umsetzungspartner, aber auch Wettbewerber
- **Pachtende Landwirte**
- **Netzbetreiber**: kann Projekte priorisieren und Netzausbau entwickeln, wenn Kommune Ziele setzt

- Gremien
- Öffentlichkeit

Zulässigkeit und Wirtschaftlichkeit

Rahmenbedingungen für den Bau von Solarparks

Zulässigkeit		
Regionalplanung	Baurecht	Naturschutz
Kein Widerspruch zu Zielen der Regionalplanung → keine Solarparks > 5 Hektar in Vorranggebieten für andere Nutzungen oder Zielabweichungsverfahren	Aufstellung eines Bebauungsplan Ausweisung der Fläche im Flächennutzungsplan NEU: kein B-Plan erforderlich innerhalb von 200m entlang Autobahnen Schienenwegen	in bestimmten Schutzgebieten nicht oder nur bedingt möglich

Wirtschaftlichkeit
Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)
EEG-Vergütung: <ul style="list-style-type: none"> • Kriterien (EEG §37) • Hessen: benachteiligte Gebiete • Ausschreibungen BNetzA
Alternativ: <ul style="list-style-type: none"> • Mehrjährige Stromabnahmeverträge • Eigenverbrauch

Tabelle: Gegenüberstellung der nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 lit. b) BauGB privilegierten und der nicht-privilegierten Zulassung von PV-FFA

Kriterien	Privilegierte Zulassung von PV-FFA im 200-Meter-Korridor	Nicht privilegierte Zulassung von PV-FFA
Planungspflicht (hier: B-Plan-Aufstellung)	Nicht erforderlich; stattdessen Baugenehmigung (ohne Öffentlichkeitsbeteiligung).	Erforderlich; Aufstellung mit Öffentlichkeitsbeteiligung.
Prüfung der Auswirkungen auf Natur und Landschaft	Eingriffsregelung nach BNatSchG Erfassungen für Eingriffsausgleich, artenschutzrechtliche Prüfung und ggf. FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich.	Eingriffsregelung nach BauGB Erfassungen für Eingriffsausgleich, artenschutzrechtliche Prüfung und FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlich.
Zuständigkeit Eingriffs-Ausgleich	Maßnahmenfestlegungen zur Vermeidung und zum Eingriffsausgleich erfolgen durch die Untere Naturschutzbehörde	Maßnahmenfestlegungen zur Vermeidung und zum Eingriffsausgleich erfolgen durch die Kommune (Bauplanungsamt); die Untere Naturschutzbehörde wird als Träger öffentlicher Belange (TÖB) beteiligt.
Flächensicherung und -verfügbarkeit für Ausgleich	Sofern ein Eingriffsausgleich nicht auf der Anlagenfläche erfolgen kann, muss der Projektierer die benötigten Flächen außerhalb der PV-FFA durch privatrechtliche Verträge oder Grundbucheinträge sichern; Umsetzung im selben Naturraum erforderlich. ³⁹	Bauplanungsrechtliche Sicherung der Ausgleichflächen: sofern Ausgleich im Solarpark nicht vollständig möglich ist, werden Flächen im Rahmen der Bauleitplanung ermittelt; kein enger räumlicher Zusammenhang notwendig.
Regelungen im Rahmen städtebaulicher Verträge	Nicht möglich.	Möglich.

Flächenanalysen und Standortkonzept

1. Beispiel- Potenzialanalyse

- keine Konflikte erkennbar (grün)
180 ha
 - lösbare Konflikte (gelb)
630 ha
 - schwere Konflikte (rot)
 - Tabu-Gebiete (frei)
- + Anschlussmöglichkeiten
+ Wirtschaftlichkeit
+ Akzeptanz



= **2. Standortkonzept**

Kriterien-Workshops

- Politisches und gestalterisches Instrument, um Öffentlichkeit und Gremien einzubinden:

Gemeinsame Entwicklung von Empfehlungen zur Schaffung von Baurecht für FFPV, z.B. naturschutzfachlicher Rahmen, Umsetzungswünsche

- Standortkonzept als Basis für Folge-Diskussion über **Ziele** und **Rolle der Kommune**

→ **Ansprache von FlächeneigentümerInnen, Landwirten**



WICHTIG:
Wirtschaftliche Bedingungen nur über Rolle als Flächeneigentümerin / Vertreterin der Flächeneigentümer umsetzbar → StGB

Die bei der Errichtung von Freiflächensolaranlagen zu berücksichtigenden Aspekte sind im Wesentlichen nur für Anlagen, die eine EEG-Vergütung im Wesentlichen nur für Anlagen auf Konversionsflächen oder entlang von Autobahnen oder Schienen möglich.

www.lea-hessen.de

Mögliche Rollen einer Kommune

Rolle	Aufgaben	Lokale Wertschöpfung	T€/Jahr*	
reaktiv passiv	<ul style="list-style-type: none"> Vorhabenbezogene Bauleitplanung 	<ul style="list-style-type: none"> Pachterlöse Kommunalabgabe? <i>Gewerbesteuer?</i> 	40 - 80	<div style="background-color: #ffffcc; padding: 5px;"> Kommunalabgabe nach §6 EEG: 0,2 Ct/kWh </div>
reaktiv fordernd	<ul style="list-style-type: none"> Vorhabenbezogene Bauleitplanung Gesellschafterrolle einnehmen 	<ul style="list-style-type: none"> Pachterlöse Kommunalabgabe <i>Gewerbesteuer</i> Teil-Ausschüttungen 	100 - 150	
aktiv gestaltend	<ul style="list-style-type: none"> Potenzialanalyse Pool-Flächensicherung Angebotsbezogene Bauleitplanung Projektierer-Wettbewerb Mit-Projektentwicklung Besitz, Betrieb/Wartung 	<ul style="list-style-type: none"> Pachterlöse Kommunalabgabe Gewerbesteuer Voll-Ausschüttungen Betrieb/Wartung 	150 - 400	

* Beispiel für 20 ha Solarpark

Fläche + Aufstellungsbeschluss = Gold der Energiewende

- „Windhundrennen“, „Goldgräberstimmung“, „Drückerkolonnen“
- Der Pachtvertrag kostet noch kein Geld, hat aber einen Wert
- Kaum ein Vertragspartner genießt so viel Vertrauen wie die Kommune, die Bürgermeisterin, der Bürgermeister
- Pacht-Pooling schafft Akzeptanz und Flexibilität: auch bei privilegierten Flächen

Wer die Potenziale kennt und den Willen der Kommune dokumentiert hat, kann Prioritäten setzen

Herausforderungen

- Oft mehr Anfragen als Akzeptanz in der Gemeindevertretung
- Weniger Netzkapazität als Anlagenleistung



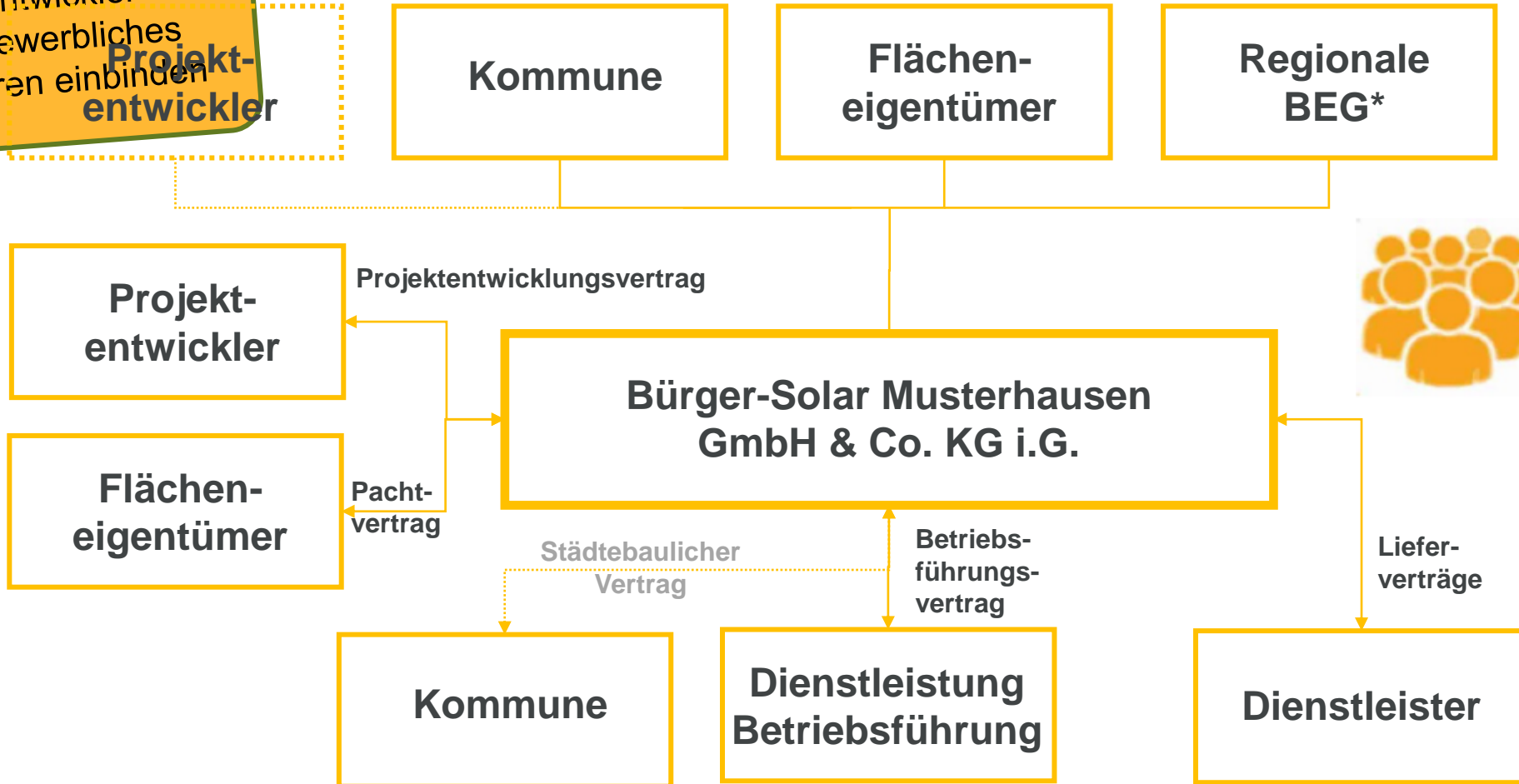
Steuerungsmöglichkeiten nutzen

- Angebotsbezogene Bauleitplanung gemäß Standortkonzept
- Priorisierung nach Gemeinwohlzielen und Kriterien
- Überzeugungsarbeit bei Flächeneigentümerinnen – gemeinsames Vorgehen und wirtschaftliche Steuerung

Kommunen sollten eine zentrale Rolle einnehmen und Projektentwickler als Dienstleistungspartner einbinden!

Projektentwickler über wettbewerbliches Verfahren einbinden

Projektentwickler



Bürger:innen aus der Kommune und der Region

* Bürger-Energie-Genossenschaft

Am Gemeinwohl ausgerichtete Konzepte bieten viele Chancen

Das bedeutet:

- Viel Information, Diskussion und Abstimmung erforderlich, aber es lohnt sich!
- Orientierung am Gemeinwohl schafft Mehrheiten in der Gemeindevertretung über alle Fraktionen hinweg
- Interessen von Landwirten und Flächeneigentümern können differenziert berücksichtigt werden
- Ortsfremde Interessenvertreter können begrenzt werden

Informationen rund um Solarstrom

Broschüren, Filme, Toolbox für Kommunen

toolbox.lea-hessen.de



Energiekonzepte  1	Rechtliche Grundlagen  2	Flächensteuerung und Kriterien  3	Wirtschaftlichkeit  4
Finanzielle Beteiligung  5	Konfliktklärung und Dialog  6	Technologien  7	

Toolbox

